

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/62

Hannover, 28. Mai 1948

Mit falschem Akzent

R.B. Versammlungsredner und Leitartikler dürfen heute in weiten Kreisen mit frenetischem Beifall rechnen, wenn sie die Besatzungsmächte angreifen und die Behauptung nicht fehlt, die Gewährung echter demokratischer Freiheiten würde politische und wirtschaftliche Wunder in Deutschland bewirken. Entrüstet verwahren sich diese Männer gegen die Behauptung, sie seien Nationalisten, währenddessen sie selbst den Vorwurf der Kollaboration gegen sie glauben erheben zu dürfen, die den Versuch unternehmen, den Deutschen eine vernünftige Realpolitik zu empfehlen.

Die Deutschland-Politik der ehemaligen Alliierten ist gewiss in vieler Hinsicht fragwürdig. Zweifelhaft ist aber auch, ob das deutsche Ansehen bereits wieder eine Höhe erreicht hat, von der aus jenes patriotische Pathos entschuldbar wäre, das jetzt üblich geworden ist. Und weiter tritt die Frage auf, ob die Deutschen wenigstens diejenigen demokratischen Freiheiten zu nutzen wissen, die ihnen bisher gewährt wurden. "Wie lange noch", wird immer wieder gefragt, "wollen uns die Mächte zur Demokratie und Freiheit erziehen, ohne sie uns zu geben?", und "Mit welchem Recht fühlen sie sich als Verteidiger des europäischen Freiheitsgedankens, wenn sie Deutschland diese Freiheiten vorenthalten?" Es soll nicht bestritten werden, dass solche Überlegungen naheliegen, aber hier sei einmal eine Gegenfrage gestattet: Welche Beweise eines neuen, best funktierten demokratischen Geistes und welche demokratischen Leistungen hat Deutschland nach 1945 aufzuweisen?

Die Massen haben die Schrecken des sechs-jährigen Krieges noch nicht vergessen und die Staatsmänner der fremden Länder sind in erster Linie die Beauftragten ihrer Völker und nicht den Deutschen verantwortlich. Ohne Zweifel wäre es eine ungenehme wirtschaftliche Erleichterung, wenn die Besatzungen Deutschland verliessen. Aber welchem Staatsmann soll zugemutet werden, den ersten Befehl zu geben, wenn keine Garantien vorhanden sind, dass nicht eine andere Macht in das frei werdende Gebiet einrückt? Und wie soll einem ausländischen Steuerzahler verständlich gemacht werden, daß die Truppen

28. Mai 1948

seines Landes zwar in Berlin dringend, aber in Hamburg absolut nicht erwünscht seien? Im Interesse einer besseren gegenseitigen Verständigung wäre vielen Deutschen zu empfehlen, die eigenen Probleme auch einmal mit den Augen des Auslandes zu sehen, damit sie nicht nur nach eigenen Maßstäben messen.

Empörung und Vorwürfe gegen die Besatzungsmächte haben oft einen falschen Akzent, weil man in Deutschland nur wenige der Voraussetzungen erfüllt hat, die geeignet wären, Vertrauen zu erwerben. Leistungen werden erwartet, Leistungen im Reich der Demokratie, Leistungen im parlamentarischen Leben, Leistungen, die uns ermächtigen, moralische, politische und wirtschaftliche Forderungen zu erheben. Daran aber mangelt es in betrüblicher Weise.

Die bizonalen Verwaltungen werfen den Länderreregierungen Egoismus und separatistische Bestrebungen vor. Die Länder meinen, in Frankfurt herrsche Unkenntnis, Bürokratismus und böser Wille. Der Wirtschaftsrat beschliesst Gesetze, die die Kabinette ignorieren. Die Landesernährungsverwaltungen sind nach dem Urteil bizonaler Beamter nicht imstande oder bereit, die korrekte Erfassung der Ernährung durchzuführen. In den Landtagen findet mehr die Form als der Inhalt parlamentarischen Lebens Beachtung. Regierungsbildungen scheinen in manchen deutschen Ländern komplizierter als in jedem anderen Staate der Welt. Und viele andere Erscheinungen müssten hier im gleichen Sinne erwähnt werden.

Es ist billig und einfach, die nationalistischen Instinkte des deutschen Volkes wehzurufen. Aber die Schreie der Erbitterung und der Empörung solcher Fischer im Trüben haben solange einen falschen Akzent, als die demokratischen Funktionen in Deutschland schlecht gehandhabt und auch die eigenen sozialen Verpflichtungen unzulänglich erfüllt werden.

SPD und evangelische Kirche

sp. In diesen Tagen wird eine Zusammenkunft der SPD Bezirk Pfalz mit den Vertretern der evangelischen Kirche der Pfalz stattfinden. Damit wird ein Bemühen um eine engere Fühlungnahme zwischen SPD und evangelischer Kirche fortgesetzt, die schon Anfang Mai in einer Besprechung zwischen Vertretern beider Organisationen in Klingenstein Bez. Bergzabern stattfand. Diese Besprechung verlief durchaus positiv und wurde damals bereits als eine aussichtsreiche Basis für eine Annäherung zwischen der SPD und der protestantischen Kirche angesehen. (m/BL/285/ae)

1. Internationale sozialistische Frauenkonferenz

Am 3. Juni wird in Wien die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz nach dem Kriege stattfinden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Referat über die "Rechtsstellung der Frau in den verschiedenen Ländern" und ein Referat über die "politische Verantwortung der Frau in der Gegenwart." Als deutsche Vertreterin wird Herta Gotthelf an der Konferenz teilnehmen. (m/BL/285/l/he)

Kontakt zu Wahlen in Holland

v. S. Amsterdam, im Mai

Die Parlamentswahlen in Holland, die am 7. Juli stattfinden sollen, werfen bereits ihre Schatten voraus. Zwar hat der Wahlkampf noch nicht offiziell begonnen, aber in Pressepolemiken und Parlamentsdebatten kündigt sich bereits der übliche heftige Parteienwettbewerb an, dessen Ergebnisse im Hinblick auf die vorgesehene Verfassungsänderung, die mit der Lösung der indonesischen Frage unmittelbar zusammenhängt, von allergrösster Bedeutung erscheinen müssen. "Das holländische Volk", schreibt das Organ der Arbeitspartei "Het Vrije Volk", "wird darüber zu entscheiden haben, ob sich mindestens 67 Abgeordnete (eine Zweidrittelmehrheit!) mit der endgültigen Beendigung des kolonialen Zeitabschnittes und der Fortsetzung der progressiven Indonesienpolitik der Regierung einverstanden erklären wollen."

Es sind vor allem die Kommunisten, die zu einer scharfen Betonung der politischen Gegensätze beitragen. Bezeichnend für diese Absichten war kürzlich ein Zwischenfall. Mit dem Anstimmten der "Internationale" und dem ostentativen Verlassen des Sitzungssaals protestierten die kommunistischen Abgeordneten gegen einen von den Katholiken und den meisten anderen Parteien eingebrachten Gesetzentwurf, der den zivilen Verwaltungsbehörden im Falle drohender innerer Unruhen erweiterte Vollmachten sichern und ihnen sogar das Recht geben soll, einen zivilen Belagerungszustand zu verhängen. Diesem Gesetzentwurf, der jetzt in der zweiten Kammer des Parlamentes von allen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) einstimmig angenommen wurde, sind, wie man weiss, bereits andere Massnahmen gegen einen eventuellen Staatsstreich von extremistischer Seite vorausgegangen, die vor allem in einer Verstärkung der Polizeiorgane durch Bildung freiwilliger Formationen, einer sogenannten "nationalen Reserve", und eines ebenfalls freiwilligen Grenzschatzes bestehen sollen.

In einer Radicansprache erklärte der Innenminister Mr. D. F. J. Witteman nach den Ereignissen in anderen Ländern müsse auch Holland mit einem Putschversuch, von extremistischen Elementen unternommen rechnen. Zwar sei der holländische Sicherheitsapparat einer kleinen Minderheit, die einen solchen Staatsstreich unternehmen wollte, vollaufgewachsen, aber es sei zu befürchten, dass diese Minderheit vom Ausland her unterstützt werden könnte. Darum halte die Regierung es für dringend notwendig, weitgehende Vorsichtsmassnahmen zu ergreifen und die gesamte Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit aufzurufen.

Der wiederholt von zuständiger Seite und jetzt auch vom Innenminister selbst abgegebenen Erklärung, dass diese Massnahmen und auch der neuerdings in der Kammer eingebrachte Gesetzentwurf nicht gegen die kommunistische Partei Hollands gerichtet seien, wollen die Kommunisten keinen Glauben schenken. Derartige Massnahmen, so behaupten

sie, seien hier niemals gegen die Nationalsozialisten, sondern stets nur gegen die Kommunisten ergriffen worden. Zweifellos habe der Marshallplan Holland in dieser Beziehung besondere Verpflichtungen auferlegt, obwohl der politische Horizont sich aufzuklären beginne und daher auch Meinung der Kommunisten keinerlei Notwendigkeit für ausserordentliche Sicherheitsmassnahmen bestehe. Von der gegnerischen Seite wird hierzu lakonisch erklärt, dass der von den Kommunisten provozierte jüngste Zwischenfall in der Kammer allein schon genüge, um derartige Massnahmen zu rechtfertigen.

Mit Ausnahme etwaiger kommunistischer Störungsversuche dürfte die bevorstehende Wahlkampagne kaum irgendwelche Zwischenfälle oder Überraschungen bringen. Es ist auch nicht anzunehmen, dass sich bemerkenswerte Verschiebungen im Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien zueinander ereignen und die "römisch-rote" Koalition zu Fall bringen könnten. Obwohl die seit langem besprochene Erweiterung der Regierungsbasis durch den Hinzutritt der einen und anderen kleineren Rechtspartei nicht ausgeschlossen erscheint, werden die Katholiken und Sozialdemokraten, soweit es sich im Augenblick übersehen lässt, wiederum als die zwei weitaus stärksten Parteien aus dem Wahlkampf hervorgehen und auch in Zukunft gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen. (b/A81/275/2/he).

Die Gewerkschaften und die Ernährungstreiks

R.D. Die kürzlichen Streiks in Niedersachsen, aber auch in anderen Ländern, haben gezeigt, dass in der Öffentlichkeit weitgehende Unkenntnis über Aufgabenbereich und Aufbau der Gewerkschaften herrscht. Es würde den Umfang einer Broschüre erfordern, wollte man eine völlige Klarstellung erreichen. Diese Zeilen sollen nur zur Klärung der in der Diskussion um diese Streiks aufgetretenen Fragen dienen.

Die Gewerkschaften sehen ihre Hauptaufgabe in der Sicherung eines gerechten Anteils der Arbeitenden an der gesellschaftlichen Produktion. Sie beschäftigen sich mit der Regelung des Lohnes, der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, -schutz, -recht, Urlaub usw.), der sozialen Bindungen in Notzeiten (Krankheit, Unfall, Invalidität) unterstützen ihre Mitglieder mit Geldmitteln, Rechtsschutz, Verhandlungsführung, Abschluss von Verträgen und im äussersten Notfall mit der solidarischen Arbeitseinstellung aller Mitglieder, dem Streik. Alle hier aufgezählten Vorgänge liegen im Bereich der Wirtschaft und die Gewerkschaften sind darin der organisierte Produktionsfaktor Arbeit.

Die Ernährungsfrage - und um diese ging es bei den Streiks - war ursprünglich bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen automatisch geregelt und nie Gegenstand eines besonderen Aufgabenbereichs der Gewerkschaften. Aus dieser Einstellung wurde der Aufruf zum Streik und seine Sanktionierung nach dem Ausbruch von den Hauptvorständen abgelehnt, die sich ausserdem gegen die Anwendung dieses rein gewerkschaftlichen Mittels zu politischen Zwecken und die versuchte Einflussnahme politischer Gruppen verwehrten. Wenn die örtlichen Gewerkschaftsleitungen

trotzdem die Verhandlungsführung übernahmen, so deswegen, weil die spontanen Proteststreiks gegen den Hunger nicht ohne Schaden für die gesamte Arbeiterbewegung führungslos geblieben wäre.

Das zur Situation. Weit mehr Unklarheit herrscht aber über die Organisation und ihre Kompetenzen.

Der Gewerkschaftsbund, 1945 als Einheitsorganisation unter konfessioneller und parteipolitischer Toleranz ins Leben gerufen, vereinigte in sich alle Industrie- und Berufsgruppen mit allen gewerkschaftlichen Kompetenzen und einheitlicher Beitragskassierung. Den Militärregierungen aber war eine solche Zusammenballung wirtschaftlicher Macht unangenehm. Sie verlangten die Aufteilung des Bundes in Industrie-Gewerkschaften, die zwangsläufig eine Verteilung der Kompetenzen und Schwächung der Zentralorganisation "Bund" bedeutete. Die Industriegewerkschaften (I.G.) Metall, Chemie, Holz, Bau usw. wurden selbständige Organisationen, mit allen gewerkschaftlichen Kompetenzen, eigener Beitragserhebung, und nur ihnen blieb die Vertragsfähigkeit und das Streikrecht vorbehalten. Der "Bund" wurde Dachorganisation als Koordinationsorgan mit allgemeinen gewerkschaftlichen Aufgaben, wie Rechtsschutz aller Mitglieder, Wirtschaftsbeobachtung und Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Richtlinien, allgemeine Tarifpolitik, Herausgabe eines gewerkschaftlichen Zentralorgans ("Der Bund"). Er führt Verhandlungen mit den zentralen Instanzen in Staat und Wirtschaft und mit der Militärregierung. Er gibt den I.G. Empfehlungen, ohne in ihre Selbständigkeit einzugreifen.

Zu einer I.G. gehören alle Beschäftigten der zu ihrer Industrie gehörenden Betriebe. Nur die Angestellten der sozialisierungsreifen Industrien, des Handels, Bankgewerbes und der Verwaltung sind in der Deutschen Angestelltengewerkschaft organisiert. Die Angestellten und Arbeiter der Post, Eisenbahn und öffentlichen Betriebe sind in Sondergewerkschaften zusammengefasst. Die Mitgliedschaft wählt in ihren Betrieben Vertrauensleute; zu ihren Verbandskonferenzen Delegierte. Weder Vertrauensleute, noch Delegierte sind mit den Betriebsräten identisch. Das schliesst nicht aus, dass sich alle drei Funktionen in einer Person vereinigen können.

Es war nur natürlich, dass sich die Streikenden an die örtlichen Gewerkschaftsorgane wandten und diese die Verhandlungsführung übernahmen, obgleich sie den Streik weder befürworteten, noch ablehnten und auch seine Finanzierung nicht übernehmen konnten. Keine Gewerkschaft hat Streikunterstützung gezahlt, in Sonderfällen lediglich Unterstützungen für eingetretene Notlagen. Abwegig war es deswegen: von "wildem" (nicht genehmigten) Streiks zu reden, oder davon, dass die Streike den Gewerkschaften "aus den Händen glitter", "über den Kopf wuchsen", sie ihn "Ausweiten" oder "beenden" sollten, und was der Stilblüten mehr waren. Die örtlichen Gewerkschaftsvertretungen hatten keine andere Funktion als die eines Beraters, Vermittlers und konnten lediglich "Empfehlungen" nach beiden Seiten geben. (m/B31/275/2/ha)

Annedore Leber und ihr russisches Echo

Nach Berlin zurückgekehrt, korbte der Chef des Berliner Büros der USL-Zeitschrift "Eine", Ernest Hughes, einen ersten Bericht an sein Blatt, in dem er eine Sitzung des Berliner Stadtparlamentes schildert. Er berichtet von der seltsamen ärmlichen Versammlung in einem schulklassenähnlichen Raum und von der bittend zur Schau getragenen Langeweile der anwesenden russischen Offiziere. Wir geben den Abschnitt wieder, der von dem Auftreten der Abgeordneten Annedore Leber handelt:

"Es ist Annedore Leber, eine nervige Frau von 44 Jahren mit kastanienbraunem Haar, die den russischen Delegierten zu einer anderen Haltung bringt und aufhorchen lässt. Sie ist Sozialdemokratin und Herausgeberin der Zeitung "Telegraf". Ihr Mann gab sein Leben in der Untergrundverschwörung gegen die Nazis. Ihre blauen Augen glühen von Zorn, und sie ist ungehalten wegen all des Kleinlichen Gezänks über die Versendung von Paketen und die Fortschaffung von Maschinen, wo alle Welt weiss, was auf dem Spiele steht: 'Ich wünsche diese Debatte auf jene Ebene zu erheben, die der Schwere der Krise, der wir uns gegenüber befinden, entspricht.' Und trotzig führt sie fort: "Die Bevölkerung Berlins will nicht vor der SED und dem kommunistischen Machtanspruch kapitulieren... Unser Geist und Wille sind fest auf das Ziel eines Deutschlands als eines freien und verfassungsmässigen Staates gerichtet. Wir kennen den Ernst dieser Stunde." (Der russische Offizier hat seine Nagelfeile beiseitegelegt und hört aufmerksam zu). Mit einer kühnen Art von Unbekümmertheit und sich keine Sorgen darüber machend, sich irgendwelchen Unannehmlichkeiten auszusetzen, appelliert Frau Leber - sie ist Katholikin und Sozialistin - an alle internationalen Autoritäten, von denen sie annimmt, dass sie für die Lage Berlins zeugen und sich für Berlin verwenden könnten: der internationale Gerichtshof, Welt-Sozialismus, und die katholische Kirche. (Bei Erwähnung des Papstes stimmt der russische Offizier mit in das heisere SED-Gelächter ein).

Frau Lebers Stimme zittert vor Erregung, als sie schliesst: "Wir waren Demokraten im Jahre 1933. Unser Geist hat eine Prüfung bestanden, die nicht leicht von jedem freien Bürger zu bestehen war. Wir wissen, dass die Diktatur nur geschlagen werden kann, indem man ihr begegnet, bevor sie noch beginnt. Darum sind wir heute gewillt, alles zu riskieren. Aber wir machen jeden demokratischen Bürger der freien Welt auf die Dringlichkeit dieses Augenblicks aufmerksam, wo es gilt, eine gute und klare Entscheidung zu treffen. Andernfalls wird Berlin verloren sein, und es wird nur einen diplomatischen Protest als Nachklang geben. (Schliesslich rückt der russische Offizier ärgerlich den leeren Stuhl neben sich hin und her, als wenn er nur mit Mühe sich zurückhalten könnte, ihn zu werfen.)

Im Falle irgendeiner Räumung Berlins durch die Westmächte können sich Männer und Frauen wie Annedore Leber darauf gefasst machen, innerhalb 48 Stunden verhaftet zu sein, wenn nicht noch Schlimmeres. Bis zu diesen Tage können sie weiterkämpfen - wenn er kommt, - um den Massen zu zeigen, dass ihr Nervenkrieg weit davon entfernt war, den unqualifizierten Erfolg zu zeitigen. Die Westmächte aber seien daran erinnert, dass sie in Berlin etwas mehr verteidigen als nur 150.000 Morgen dieser trümmerbedeckten Brandenburger Ebene! (m/285/2/he)

Verantwortlich: Peter Raurau